



Im Herbst befragte die Stadt die Regensburger zur Umgestaltung des Bahnhofsareals. Jetzt stellte sie dem Stadtrat das Ergebnis vor.

FOTOS: LEX/BÖKEN

Das RKK bleibt ein Zankapfel

POLITIK Vier Ausschüsse diskutierten das Ergebnis der Bürgerbefragung. Die Initiative der Standort-Gegner befeuerte die Debatte.

VON HEIKE HAALA

REGENSBURG. Eigentlich wollten die Mitglieder der Ausschüsse für Stadtplanung, Kultur, Wirtschaft und Finanzen am Mittwoch über den Ausgang der Bürgerbefragung zur Umgestaltung des Bahnhofsareals diskutieren. Mehrfach aber entwickelte sich der Schlagabtausch zu der umstrittenen Befragung zu einer Grundsatzdebatte über das geplante Regensburger Kultur- und Kongresszentrum (RKK) am Kepler-Areal. Damit schlug sich eine Initiative von Gegnern dieses Standorts in der Regensburger Stadtpolitik nieder. Sie hatten am Dienstag angekündigt, einen Bürgerentscheid in dieser Sache anzustreben.

Letzten Endes brachten die Ausschüsse die Vorlage nach zweieinhalb Stunden Aussprache lediglich gegen die Stimmen der ÖDP und der Linken auf den Weg. Am Donnerstag wird der Stadtrat über die Vorlage befinden. Die Stadtverwaltung will jetzt die nächsten Planungsschritte einleiten, herausarbeiten, wie viel Personal und Geld sie dafür benötigt und einen Realisierungswettbewerb für das Bahnhofsareal vorbereiten. Weiterhin will sie klären, wie ein RKK genutzt werden soll, welche Räume es benötigt und wie es betrieben werden könnte.

Kehrtwende bei der CSU

Die CSU-Fraktion legte mit der Abstimmung eine Kehrtwende hin. Diese Stadträte hatten sich vor und während der Bürgerbefragung als massive Gegner des Verfahrens gezeigt. Ihnen fehlte eine klare Priorisierung. Sie wollten die Planungen der Stadt zum Zentralen Omnibusbahn-

**Bürgermeisterin
Gertrud Maltz-Schwarzfischer**

FOTO: LEX



BÜRGERENTSCHEIDE ZUM RKK



1999: Am 13. Juni werden die Regensburger mit zwei kombinierten Bürgerentscheiden nach ihrer Meinung gefragt. Das Ergebnis: 75 Prozent der Wähler stimmen zwar für den Bau einer Stadthalle – zwei Drittel lehnen jedoch den Donaumarkt als Standort ab.



2006: Beim Bürgerentscheid am 17. Dezember spricht sich eine knappe Mehrheit der Bürgerschaft gegen den Bau eines RKK am Donaumarkt aus. Zuvor hatten gleich zwei Bürgerinitiativen auf den Bürgerentscheid hingewirkt und Unterschriften gegen den Standort gesammelt.



2004: Beim Bürgerentscheid am 12. Dezember stimmten bei einer Wahlbeteiligung von rund 26 Prozent 62 Prozent der Wähler gegen den vom Stadtrat priorisierten Standort Donaumarkt; 65 Prozent der Wähler waren aber grundsätzlich für ein RKK in der Domstadt.



2018: Seit 2008 plant die Stadt mit dem Kepler-Areal beim Ernst-Reuter-Platz als neuen Standort für das RKK. Doch während der Bürgerbefragung zur Umgestaltung des Bahnhofsareals verstummte die Kritik am Standort nicht. Jetzt strebt eine Initiative einen Bürgerentscheid an. (Quelle: Stadt)

hof (ZOB), zur Stadtbahntrasse und zur Umgestaltung des Städteneingangs von denen zum RKK entkoppeln. Während der Debatte sagte CSU-Stadtrat Christian Schlegl, dass er in diesem Aspekt inzwischen ein Umdenken bei der bunten Koalition ausgemacht habe. Die Planungen der Projekte erscheinen ihm und dem Rest der Koalition nicht mehr so verwoben wie bisher. Obwohl Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer dem widersprach, wollten sich die CSU-Stadträte diese Lesart nicht nehmen lassen und stimmten der Vorlage zu. Dennoch sparte Schlegl während der Debatte nicht mit Kritik

am Verhalten der bunten Koalition und der Bürgerbefragung: „Sie tun alles dafür, dass sich die Bürger veräppelt vorkommen“, sagte er. Angesichts des Verhaltens der Stadtregierung sei ein RKK nur schwer realisierbar. „Das wird ein Drama“, so Schlegl. Die Bürgerbefragung bezeichnete er als „Steuergeverschwendung“. Mehrfach kritisierten auch andere Stadträte die Formulierungen im Fragebogen als „schwammig“. Vor allem ist ihnen dabei ein Dorn im Auge, dass die Regensburger während der Befragung nicht die Möglichkeit hatten, sich grundsätzlich gegen ein RKK zu entscheiden.

So fand auch das am Dienstag angekündigte Bürgerbegehren gegen den RKK-Standort am Kepler-Areal Eingang in die Debatte. Sollte diese Initiative Erfolg haben und einen Bürgerentscheid für ihre Sache gewinnen, hätte der die gleiche bindende Wirkung wie

ein Stadtratsbeschluss. Dazu benötigen die Gegner die Stimmen von zehn Prozent der Wahlberechtigten. Zuvor aber müssen sie 7000 Unterschriften in einem Bürgerbegehren sammeln, um den Weg für einen Bürgerentscheid freizumachen. Derzeit prüft die Stadt die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Dieses Prozedere dürfte vielen Regensburgern weitestgehend bekannt sein. Immerhin gab es bereits mehrere Bürgerbegehren zum RKK.

Die Koalitionäre zeigten sich unbeeindruckt von der Ankündigung des Bürgerbegehrens: So blickt etwa SPD-Fraktionsführer Dr. Klaus Rappert der Sache „optimistisch“ entgegen. Ludwig Artinger (FW) sagte: „Vor dem Bürgerbegehren ist mir nicht bange, sollte es überhaupt so weit kommen.“ Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sagte auf Anfrage der Mittelbayerischen zu dem Thema: „Natürlich besteht damit die Möglichkeit, Stadtratsbeschlüsse zu kippen.“ Doch sagte sie, überzeugt davon zu sein, dass die Projekte von vielen Regensburgern mitgetragen werden.

Einwände gegen das RKK

Benedikt Suttner (ÖDP) dagegen wies in diesem Zusammenhang auf die grundsätzliche Kritik aus Teilen der Bevölkerung am RKK hin. Die werde nicht nur an dem angestrebten Bürgerbegehren deutlich, sondern auch an den 700 Einwänden, die Teilnehmer der Bürgerbefragung bei der Stadt anbrachten. Suttner erinnerte Stadtrat und Verwaltung deswegen an ihre Möglichkeiten bei einem Bürgerbegehren. Sie könnten es auch in ein Ratsbegehren umwandeln oder eine Alternativfrage formulieren.

Richard Spieß (Linke) sagte, dass alle Planungen der Stadt am Bahnhofsareal auch ohne ein RKK verwirklicht werden könnten. Er warf der Stadt vor, einzig und alleine ein RKK durchsetzen zu wollen. Spieß machte diesen Vorwurf an dem Vorhaben der Stadt fest, das bestehende Gebäude am Kepler-Areal bald abreißen zu wollen. Das Erste, was die Stadt konkret tue, sei es, das Baufeld für das RKK freizumachen. „Diejenigen, die jetzt ein Bürgerbegehren anstreben, wehren sich dagegen“, so Spieß.



MEHR INFORMATIONEN UNTER:
www.mittelbayerische.de/rkk